

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	17. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	24. November 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 7 der Tagesordnung: Antrag des Landes Baden-Württemberg zur wasserrechtlichen Planfeststellung für den Bau und Betrieb des Retentionsraums (Polder) „Bellenkopf/Rappenwört“:

Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum Vorhaben an das verfahrensführende Landratsamt Karlsruhe

Vorlage: 2015/0635

dazu:

Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadträtin Bettina Lisbach und des Stadtrats Johannes Honné (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, der Stadträte Lüppo Cramer und Dr. Eberhard Fischer (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion, der Stadträte Friedemann Kalmbach und Eduardo Mossuto (GfK), des Stadtrats Niko Fostiropoulos und der Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) sowie des Stadtrats Jürgen Wenzel (FW) vom 23. November 2015

Vorlage: 2015/0701

Beschluss:

Die Stadt Karlsruhe stimmt im Grundsatz dem Bau des Hochwasserrückhalteraums Bellenkopf/Rappenwört zu. Die Zustimmung der Stadt Karlsruhe ist an folgende Forderungen geknüpft:

- a) Abschluss eines Vertrages/einer Vereinbarung zwischen dem Vorhabenträger, dem Land Baden-Württemberg, vertr. d. d. Regierungspräsidium, und der Stadt Karlsruhe, den Verkehrsbetrieben Karlsruhe (VBK) und den Stadtwerken Karlsruhe (StW) über den Bau, Betrieb und die Finanzierung des Hochwasserrückhalteraums und seiner Folgemaßnahmen vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses.
- b) Angemessene Berücksichtigung der Einwendungen und Anregungen der Stadt Karlsruhe im Planfeststellungsverfahren zum Antrag vom 4. April 2011 in der Fassung der 2. Trägeranhörung.

Ergänzend zu und gegebenenfalls abweichend von den in der Verwaltungsvorlage enthaltenen Stellungnahmen der städtischen Ämter, Gesellschaften und anderer Institutionen fordert der Gemeinderat, eine umwelt-, natur- und landschaftsverträgliche Alterna-

tive zur bisher geplanten Ertüchtigung und Verbreiterung des Hochwasserdammes XXV zu suchen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat:

Sie kennen die Aufgabe des Landes, mit 13 Hochwasserrückhalteräumen und einem Rückstauvolumen von insgesamt 167 Millionen Kubikmetern, schädigenden Hochwasserereignissen bis hin zu einem zweihundertjährigen Hochwasser zu begegnen. Sie wissen auch, dass da durchaus das Land Baden-Württemberg noch etwas nachzuholen hat, wenn man die Entwicklung weiter den Rhein runter, vor allem hier auf der französischen Seite, verfolgt. Gerade heute wird der Retentionsraum Rheinschanzinsel bei Philippsburg als eine dieser wichtigen Bausteine des Hochwasserschutzes vom Landesumweltminister für den Betrieb freigegeben. Damit stehen insgesamt 7 der 13 angedachten Stauräume zur Verfügung. Der Polder Bellenkopf/Rappenwört, der sich von Au am Rhein bis zum Rheinhafendampfkraftwerk auf der Gemarkung der Stadt Karlsruhe erstreckt, befindet sich noch im wasserrechtlichen Zulassungsverfahren. Die Stadt Karlsruhe ist nun aufgefordert, ihre Anregungen, Bedenken und Hinweise in das wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren einzubringen.

Der vorliegende Antrag berücksichtigt die Wünsche und Anforderungen der Stadt Karlsruhe, insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung der Erreichbarkeit des Rheinstrandbades Rappenwört für die Karlsruher Bevölkerung, gleichermaßen auch der Zugang zum Naturschutzzentrum. Ermöglicht wird dies durch die von der Stadt ursprünglich ausdrücklich gewünschte Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee als Erschließungsstrasse, über die der Naherholungsraum samt Rheinstrandbad bis zum spätestmöglichen Zeitpunkt auch mit der Straßenbahn erreichbar bleibt. Der Gemeinderat - nicht in dieser Zusammensetzung, aber in der vorherigen - hat mit seinen befürwortenden Voten im Jahr 2007, 2008 und 2012, diesem Vorgang und diesem Verfahren den Weg geebnet. Das Regierungspräsidium hat die Antragsunterlagen hinsichtlich der geänderten ökologischen Anforderungen ergänzt, und auch die in der letzten Anhörung im Jahr 2011 geäußerten Einwendungen und Anregungen, soweit dies möglich war, berücksichtigt. Die Vorlage wurde nun im Planungsausschuss sowie in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und des Naturschutzbeirates vorberaten und steht jetzt heute hier zur Abstimmung.

Gleichzeitig aufrufen möchte ich den Änderungsantrag der Grünen, KULT, Die Linke, Freie Wähler und GfK vom 23.11. Er ist damit hier in die Diskussion mit eingebracht. Ich darf jetzt um Wortmeldungen bitten. - Herr Stadtrat Pfannkuch.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Für die CDU-Fraktion kann ich ankündigen, dass wir dieser vorbereiteten Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Verwaltungsverfahren des Regierungspräsidiums uneingeschränkt zustimmen. Uneingeschränkt ist vielleicht ein we-

nig übertrieben, nicht mit heller Begeisterung in jedem Einzelpunkt, auf den ich jetzt aber auch nicht näher eingehen möchte. Man kann schon sagen, dieses Dokument einer Stellungnahme der Stadt, das doch einige Seiten umfasst, belegt, dass die Stadt in jahrelangen Verhandlungen mit dem Vorhabenträger versucht hat, technisch, aber auch landschaftsplanerisch, das herauszuholen, was für unsere Stadt von Interesse ist, immer natürlich unter Beachtung des Maßnahmenzieles. Zu dem möchte ich ganz kurz Stellung nehmen, weil Sie am Anfang gesagt haben, wir seien da nicht die Letzten. Ich glaube schon, dass unsere Maßnahme für den Rheinhochwasserschutz von entscheidender Bedeutung ist. Wir können auch festhalten, dass oberhalb von Karlsruhe viele Einrichtungen abgeschlossen und fertig sind. Ich bin auch informiert, dass die französische Seite hier ihre Hausaufgaben gemacht hat. Es wäre fatal zu sagen, wir können uns zurücklehnen, für uns ist sozusagen der Schutz im Großen und Ganzen erreicht, den wir für unsere Großstadt brauchen. So sehen wir das wahrscheinlich alle nicht.

Ich will eigentlich nur auf diesen Änderungsantrag noch einmal näher eingehen. Über Details, die man gerne anders sehen würde, sollte man bitte schön nicht aus dem Blick lassen, dass Hochwasserschutz eine Maßnahme der Solidarität ist, vor allem mit den Unterliegern. Das duldet nun wirklich keinen weiteren Aufschub. Wir haben lange diskutiert. Wenn ich richtig gerechnet habe, sind das gute acht Jahre, wo wir über die Maßnahme Bescheid wissen. Es gab mehrere Möglichkeiten der Beteiligung, auch für die Bürgerschaft. Davon ist auch guter Gebrauch gemacht worden. Ich glaube nicht, dass es einen wesentlichen Gesichtspunkt gäbe, der jetzt noch unberücksichtigt bliebe. In die Alternativenabwägung hat das Regierungspräsidium einige Punkte, die jetzt auch im Änderungsantrag drin sind, durchaus eingebracht. Nach eingehender Diskussion, auch in unserer Fraktion, kommen wir zu dem Schluss, dass diese Abwägung nachvollziehbar ist.

Eine kleine Kritik darf man vielleicht schon machen. Viele nicht ganz unwesentliche Punkte sind jedenfalls uns vor allem in der letzten Planungsausschusssitzung noch einmal richtig deutlich geworden. Da braucht man nicht darüber lachen. Wir haben es halt dann erst kapiert. Die FDP war früher dran. Das Regierungspräsidium hat, das könnte ich vielleicht auch so umformulieren, vielleicht diesen Gesichtspunkt aus ihrem fachlichen Horizont zu wenig beleuchtet. Ich gehe jetzt z. B. auch auf die Höherlegung der Straßenbahntrasse nur als Beispiel ein. Es ist doch ganz wesentlich, dass die Höherlegung jetzt auch den Sinn hat, den Abfluss des gesteuerten Hochwassers zu beschleunigen und zu kontrollieren. Es ist doch auch deutlich geworden, dass diese Straßenbahntrasse, würde man sie jetzt nicht verändern, das sollen noch mal die Antragsteller des Änderungsantrages zur Kenntnis nehmen, wenn wir die so lassen würden wie sie jetzt ist, dann würden wir den Abfluss geradezu behindern. Natürlich gibt es einige von Ihnen, jetzt bitte ich einfach mal Ihre Bedenken, ob sie jetzt politisch, ideologisch oder sonstwie begründet sind will ich nicht kommentieren, zurückzustellen. Wenn man gesteuert verfährt, so wie wir das im Grundsatzbeschluss gemacht haben, dann muss man doch ein Interesse daran haben, dass dann der Abfluss des Hochwassers, der nach unseren Informationen durchaus im Schnitt zweimal im Jahr auftreten kann, möglichst zügig dann auch vonstatten gehen kann. Das hat uns eingeleuchtet.

Was die Höherlegung der Straße angeht, auch da gilt das Gleiche. Zu Einzelheiten Ihres Änderungsantrages brauche ich nicht näher einzugehen, weil der Vorhabenträger nicht

daran gehindert ist, wesentlichen oder begründeten Einwendungen, die da mitschwingen, noch in seinem weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Wenn wir das Große und Ganze betrachten, dann können wir dieser Maßnahme uneingeschränkt zustimmen. Ich hoffe, dass wir damit auch einen Baustein dafür gelegt haben, dass das Land jetzt einen wesentlichen Schritt weiter und schneller in dieser Sache voranschreitet.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Im Hinblick auf die veränderten Hochwassersituationen mit dem vermehrten Auftreten von extremen Hochwassern, stellt die Schaffung eines naturnahen Retentionsraums im Bereich Bellenkopf/Rappenwört einen wichtigen Baustein im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms zum Schutz der Bevölkerung aber auch der Wirtschaft und Landwirtschaft in den stromaufwärts gelegenen Siedlungsgebieten dar, eine Verantwortung, der wir uns als Stadt unter Abwägung wirtschaftlicher, ökologischer, aber letztendlich auch denkmalpflegerischer Aspekte stellen müssen. Doch die Frage ist, was tun? Wie die Stellungnahme der Verwaltung zeigt, stellt die gewählte Variante eines gesteuerten Polders die bestmögliche Alternative hinsichtlich des Schutzes des im Retentionsraum gelegenen Reservegebiets, Wasserschutzgebiets Kastenwört, im Havariefall dar.

In den vorliegenden Planungen finden mit dem Schutz des Rheinstrandbades, mit dem umliegenden Gelände und des Naturschutzzentrums für unsere Stadt wichtige wirtschaftliche, denkmalpflegerische, aber auch ökologische Aspekte, mit dem Erhalt des vorhandenen Eichenbestandes Berücksichtigung. Dies leider auch um den Preis der Aufgabe des Wildgeheges, was für uns als Fraktion aber viel schwerer wiegt, mit massiven ökologischen Eingriffen durch die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee, eine Maßnahme, die wir als Fraktion unter Abwägung aller Interessen letztendlich mittragen werden, wenn auch mit deutlichem Bauchweh. Dass der Polder als technischer wasserbauliches Bauwerk den technischen und sicherheitstechnischen Anforderungen entsprechen muss, kann von niemandem aus dem Haus ernsthaft in Frage gestellt werden. Aber auch hier sollten alternative Möglichkeiten unter Abwägung aller Interessen ernsthaft abgewogen werden. Hier sehen wir insbesondere der Ausführung und Gestaltung des Hochwasserdammes XXV, entgegen der vorliegenden Stellungnahme, durchaus technische DIN-konforme Alternativen, wie sie in der Stellungnahme der Stadt Rheinstetten aufgezeigt wurden. Die Binnenentwässerungsgräben entlang der Dämme XXV a und XXVI im Bereich Daxlanden sehen wir durchaus kritisch, doch tendieren wir hier im Sinne der Sicherung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen für deren Umsetzung, soweit dies auch in Rücksprache mit den Eigentümern von diesen gewünscht wird.

Zusammengefasst stellt die vorliegende Planung einen deutlichen Eingriff in das vorhandene Ökosystem dar, aber ein Eingriff der an anderer Stelle durch die in der Planung umgesetzten Bausteine zur Rückführung in naturnahe Auenlandschaft als Ökosystem beitragen werden und im ökologischen Sinn auch als Gewinn betrachtet werden können. Für die von den Naturschutzverbänden eingebrachten Ergänzungen und Gesichtspunkten sind wir als Fraktion ausdrücklich sehr dankbar und haben sie als durchaus konstruktiv und bereichernd erlebt. Unter Abwägung aller Interessen von kommunaler, aber auch von landespolitischer Seite, der ökologischen, der ökonomischen, die der denkmalpflegerischen und verkehrlichen Aspekte wird meine Fraktion bis auf die geplante Ertüchtigung des Hochwasserdammes XXV der Stellungnahme der Verwaltung

zustimmen. Von daher beantragen wir bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages Einzelabstimmung zu den genannten Punkten. Die im Änderungsantrag sogenannte Vor-Ort-Visualisierung halten wir für wenig wegweisend. Wenn man diesen Weg gehen sollte, sollte es eine umfassende Simulation sein, letztendlich auch mit einer Probe-stauung. Der hier gemachte Vorschlag ist aus unserer Sicht in keinsten Weise wegwei-send. Zusammengefasst werden wir mit den gemachten Einschränkungen dem Entwurf der Verwaltung zustimmen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Die Planung, die uns heute vorliegt, hat sich im Vergleich zu dem, was wir 2012 hier schon diskutiert hatten, nicht so sehr wesentlich verändert. Im Grundsatz ist es eigentlich weitgehend gleich geblieben und dementsprechend sind auch unsere Stellungnahme und auch der Änderungsantrag relativ ähnlich wie das, was wir schon vor ein paar Jahren hatten. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir Grü-nen aus gesamtökologischer Sicht eine Dammrückverlegung befürworten würden. Wir haben das viele Jahre immer wieder eingefordert. Wir meinen, dass mit dem gesteuerten Polder die Entwicklungspotentiale der Aue, die möglich wäre, einfach nicht ausge-schöpft werden, und dass damit auch eine Chance auf eine echte Renaturierung, die eigentlich vom Integrierten Rheinprogramm auch gewollt war, leider vertan wird. Trotz-dem und auch da folgen wir dem, was wir auch vor drei Jahren gesagt haben, haben wir einfach leider feststellen müssen, dass eine Dammrückverlegung politisch nicht durchsetzbar ist, einfach weil da sehr große Widerstände hier waren. Wir sehen, dass der Hochwasserschutz wirklich keinen Aufschub mehr zulässt. Es ist dringlich, das ist völlig richtig. Die Zeit drängt hier. Im Zuge des Klimawandels wird sich die Situation auch noch weiter verschärfen. Deswegen gar nichts zu machen, uns hier zu verweigern, ist auch für uns keine Alternative und wir werden heute grundsätzlich den einen ge-steuerten Polder mittragen, auch wenn es wie gesagt nicht die favorisierte Variante ist, die uns hier als Planung vorliegt und die jetzt zum Tragen kommen soll. Wir meinen aber, auch wenn man sich für einen gesteuerten Polder entscheidet oder sich zu dieser Entscheidung durchringt, dass es durchaus auch noch Potential gebe, einiges an dieser Planung zu verbessern, mehr Natur, mehr Renaturierung, auch der Aue, zuzulassen. Wir meinen, dass man hier noch mal das eine oder andere wirklich ernsthaft überprüfen sollte.

Das eine Thema ist deswegen auch unser Änderungsantrag, den wir hier gestellt haben. Der erste Punkt ist ja die Erhöhung der Hermann-Schneider-Allee. Hier sehen wir ein-fach, dass das ein ganz massiver Eingriff in Natur und Landschaft ist. Ich möchte auch noch einmal betonen, dass es hier wirklich um das Thema Landschaftsbild geht und was das auch bedeutet für die Menschen, die in diesem Raum ihre Erholung suchen. Die Erhöhung bedingt einfach auch eine Verbreiterung der gesamten Böschungsfläche, be-deutet Wald- und Flächenverlust und ist ein ganz massiver Eingriff in die Landschaft. Der Nutzen betrifft einfach nur wenige Tage im Jahr und ist auch extrem teuer. Wir meinen, dass man wirklich noch mal sehr ernsthaft auch Alternativen prüfen sollte. Man hat immer wieder andere Gründe angeführt, warum die Höherlegung unbedingt sein muss. Er war die Straßenbahntrasse oder eben dass unbedingt alles dann erreichbar sein muss. Jetzt argumentiert man auch mit ökologischen Gesichtspunkten, dass der Durchfluss unterhalb einer höhergelegten Hermann-Schneider-Allee verbessert ist. Das ist sicherlich nicht ganz von der Hand zu weisen. Heute ist technisch so viel machbar. Wenn man wirklich will, wird man da eine Möglichkeit finden, einen guten Durchfluss

auch ohne diese Höherlegung zu erreichen. Davon sind wir überzeugt. In der Abwägung Eingriff in Naturhaushalt und Landschaftsbild muss man doch sehen, dass man auf diesen Eingriff verzichten sollte.

Wir bezweifeln auch erneut, dass eine Ertüchtigung des Hochwasserdammes XXV notwendig ist, weil dieser direkt am Rhein gelegene Hochwasserdamm keine unmittelbare Schutzwirkung hat. Jetzt wird argumentiert, wir brauchen das aber, um den Polder dicht zu halten, damit wir den ganz leerlaufen lassen können, und dann im Hochwasserfall wieder volllaufen lassen können. Das kann man akzeptieren. Es gibt viele Wasserbauer, die uns hier auch technische Alternativen vorgeschlagen haben, wie man einen Damm auch befestigen kann, ohne ihn zu verbreitern, wie man ihn hochwassersicher machen kann, ohne wieder zusätzlich massiv in die Landschaft einzugreifen und zusätzliche Fläche zu verbrauchen. Wir meinen, dass man sich hier noch einmal ernsthaft Gedanken machen sollte. Es gibt da verschiedene Ansätze. Aus der Gemeinde Rheinstetten kam auch eine ähnliche Stellungnahme, auch von jemand, der sich mit diesem Thema gut auskennt. Da sollte man noch einmal ran und eine landschaftsverträglichere und naturverträglichere Alternative zur Ertüchtigung, wenn sie denn unbedingt sein muss, prüfen.

Wir meinen als drittes, dass man auf diese Binnenentwässerungsgräben, die einfach auch eine starke Trennwirkung u. a. auch für das Wild entfalten, auf die zum großen Teil verzichten kann, nämlich dort, wo keine Siedlungsflächen unmittelbar betroffen sind, wenn die Entwässerung wegfällt. Da steht auch so ein bisschen dahinter diese Denke. Wir sind einfach dafür, dass man der Natur und der Wiedervernässung auch einen gewissen Raum gibt und das einfach in Kauf nimmt, dass eben in einer Aue auch Flächen vernässt sind und nicht alles immer ständig reguliert und komplett trockengelegt ist. Deswegen sind diese Gräben zum großen Teil verzichtbar. Man hat es jetzt begrenzt versucht, den Eingriff durch ein paar Grünbrücken abzumildern. Hier sollte man noch einmal ran und das überprüfen, um auch wassergebundenere Lebensräume außerhalb des Polders zuzulassen, insgesamt mehr Dynamik zuzulassen, als es bei der bisherigen Planung der Fall war.

Dann haben wir noch das Thema Umschließung des Rheinparks mit Spundwänden. Auch da meinen wir, wird ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Wenn man jetzt schon alle Parkplätze entwässern muss usw., sollte man sparsamer umspunden, wenn es denn schon sein muss. Es ist klar, dass das Rheinstrandbad und die Vereinsgelände dann ausgenommen bleiben müssen. Aber auch hier sollte man die Planung überarbeiten.

Wir haben den Eindruck, da die Planungen mittlerweile wahnsinnig komplex und umfangreich sind, dass das kein Mensch schafft, das überhaupt noch vernünftig durchzuarbeiten. So ehrlich müssen wir sein, das zu sagen. Die Bevölkerung, die da wirklich betroffen ist, die sich in dem Gebiet erholt, die kann sich von dieser Planung eigentlich kein richtiges Bild machen. Deswegen wäre es uns wichtig - man müsste sicher diskutieren, ob das in der Zuständigkeit der Stadt oder des Landes liegt -, dass noch einmal eine Visualisierung vor Ort erfolgt, an repräsentativen Stellen und beispielhaft, damit die Menschen sehen können, was dort eigentlich im Augenblick geplant ist, wenn man die Hermann-Schneider-Allee erhöht, wenn man diese 4 m hohen Spundwände als massi-

ven Eingriff in die Landschaft dann auch wirklich realisiert. Wir meinen, wenn man hier der Bevölkerung auch noch einmal klar macht, was da geplant ist, kann sie sich ein Bild machen und kann sich dann auch entsprechend zu der Planung äußern und selbst entscheiden, was ihr lieber ist, alles trocken zu haben, was trocken sein soll oder vielleicht doch auf den einen oder anderen Eingriff in die Landschaft lieber zu verzichten, mal eine Vernässung zu bestimmten Zeiten, an bestimmten Tagen, zuzulassen, aber dafür auch mehr Naturnähe und ein schöneres Landschaftsbild zu haben.

Zusammenfassend, wir gehen den Weg des gesteuerten Polders mit, aber es wäre uns wichtig, dass man noch einmal das Potential, das auch dann noch da ist, ausschöpft, das ökologische Potential, das Potential für den Erhalt des Landschaftsbildes, dass man diese verschiedenen Verbesserungsmöglichkeiten, die wir in unserem Antrag dargestellt haben, auch noch einmal ernsthaft prüft. Insgesamt geben wir aber wegen der Dringlichkeit des Hochwasserschutzes dem Retentionsraum, der hier geplant ist, grünes Licht.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich nehme den Ball auf, den Kollegin Lisbach eben mit der Dringlichkeit des Hochwasserschutzes geworfen hat. Man könnte ja sagen, es ist ein zweihundertjähriges Hochwasser, da haben wir noch Zeit. Es könnte eben - ich muss es doch noch mal sagen - morgen nicht, da ist die Scheitelwelle zu weit weg, aber in einer Woche da sein. Das muss einem klar sein, dass wir in einer Woche Situationen haben könnten, wie sie an der Elbe vor ungefähr 12 Jahren passiert sind. Das wären irre Schäden, die dann am Rhein auftreten würden. Deswegen ist eine Dringlichkeit geboten. Trotzdem ist die heutige Vorlage ein Kompromiss, ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen. Das eine ist eben der Hochwasserschutz, der eine hohe Priorität hat, aber wir sind natürlich auch gezwungen, den Naturschutz zu beachten. Es geht um den Erholungsanspruch unserer Bevölkerung. Das versucht so eine Vorlage abzubilden.

Da komme ich zu dem Punkt, was erwartet uns denn da, wenn dieser Polder mal umgesetzt wird. Es verändert sich gegenüber heute nur an wenigen Tagen im Jahr etwas, weil nur an wenigen Tagen im Jahr überhaupt Wasser in diesem Gebiet drinstehen wird. Noch viel seltener wird sich das Extremereignis, nämlich eine entsprechende wirkliche Flutung, dass eben vorher die Tore geschlossen wurden und dann eingestaut wird, noch viel seltener, nämlich nur an wenigen Tagen in mehreren Jahren, stattfinden. Das muss einem bewusst sein, z. B. bei dem Argument, ist die Hermann-Schneider-Allee ein hydraulisches Hindernis für die Entwässerung. Sie ist es nur dann, Kollege Pfannkuch, wenn wenig Wasser drinsteht. Da müssen dann Maßnahmen helfen, wie sie Frau Lisbach eben angedeutet hat, z. B. Düker. Aber die heutige Hermann-Schneider-Allee wäre sogar eine Erleichterung in dem Katastrophenfall, wenn der Polder zugestaut ist, weil dann das Wasser viel leichter abfließen kann, viel leichter als unter der Straße durch irgendwelche Öffnungen, sondern über die Straße weg. Von daher gesehen muss man dieses Argument von zwei Seiten beachten: an manchen Tagen ist es ein Hindernis, an anderen Tagen wäre es keines.

Unser Problem, auch das aller Antragsteller, ist: Wer kann sich das eigentlich vorstellen, was da auf uns zukommt. Daher auch der Punkt in dem Antrag, der ja schon lang gefordert wurde, auch von meiner Fraktion, dass wir das Ganze mal in der Landschaft visualisiert, übrigens ähnlich wie man mal visualisieren sollte, wie sich der Straßendamm

zu einer möglichen zweiten Rheinbrücke in der Landschaft ausprägen würde, dass man mal in der Landschaft visualisiert, wie sich so etwas auszeichnet, wie hoch das dann wird, wie auf einmal aus einem Sträßchen, wie es die Hermann-Schneider-Allee derzeit ist, dann plötzlich ein Damm mitten in der Landschaft wird. Wenn man das dann gesehen hat, dann könnten die Karlsruher auch sagen, gut, das gehen wir ein oder sie könnten sagen, nein, das gehen wir nicht ein.

Ich will den Antrag noch einmal kurz im Einzelnen vorstellen, in dem Punkt, wer hat eigentlich welche Interessen eingebracht in diesen Kompromiss, der da vor uns liegt. Die Geschichte mit dem Hochwasserdamm XXV a, was Kollegin Lisbach eben ausführlich beleuchtet hat, kam vom Land. Aber fast allen anderen Wünschen kamen eigentlich von der Stadt Karlsruhe. Sachen, die das ganze Projekt übrigens massiv verteuern, die richtig Geld kosten und bei der die Antragsteller der Meinung sind, dass wir dieses Geld auch aus volkswirtschaftlicher Sicht einsparen könnten, weil sie nämlich auch Nachteile mit sich bringen, die Erreichbarkeit einer Warft, einer umschlossenen Insel Rappenwört im Hochwasserfall durch eine Straße. Das Bad ist dann ohnehin zu aus Katastrophenschutzgründen. Also was soll das dann, oder so etwas, wie die Umspundung des Parkplatzes. Ich weiß nicht, ob man sich das vorstellen kann, wenn solche Spundwände, wie sie da draußen in der Kombilösung regelmäßig eingehämmert werden, solche Metallspunde stehen dann 2,50 m hoch aus der Landschaft rund um den Parkplatz. Der wird dann nachher kaschiert. Wollen wir so etwas, bringt uns das was, bringt es den Karlsruhern was? Die Antragsteller sagen nein. Zumindest würden wir uns vorstellen, dass die Bürger dazu auch mal irgendwie gehört werden. Das ist in der Form nicht passiert. Es gab eine Infoveranstaltung in Daxlanden.

(Zuruf)

Zwei! - Kollegin Wiedemann war da, Kollege Cramer war da, Kollege Wohlfeil war da, ich war da. Ich kann Ihnen mal sagen, da waren nur Daxlander da. Das kann ich auch verstehen. Die hatten Angst um ihr Hab und Gut, um ihr Häusle, das absaufen könnte im Hochwasserfall. Es war keiner da aus dem Rest von Karlsruhe. Warum? Weil sich das niemand vorstellen kann. Wir müssten dazu einladen. Das ist eben einer der Antragspunkte.

Ein letzter Punkt, ich will es damit bewenden lassen, weil es wurde schon alles erklärt. Dazu, dass der Wildpark wegfällt, muss ich sagen:

1. sparen wir damit auch Geld, in Haushaltsstabilisierungszeiten auch ein Punkt.
2. Wildschweine kann man auch in der freien Natur relativ leicht erleben, man muss nur mal im Hardtwald joggen. Wer sie ganz nah haben will, sollte einfach mal in die Breslauer Straße ziehen. Da kann man sie jede Nacht im Vorgarten bewundern.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zum ersten Mal besprochen wurde diese Angelegenheit bereits vor der Sommerpause im Planungsausschuss des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein, in dem auch die meisten Fraktionen, die jetzt diesen Änderungsantrag eingebracht haben, vertreten sind. Deswegen wundert mich das schon ein bisschen, dass

dieser Änderungsantrag jetzt so spät kommt. Ich habe in diesem Planungsausschuss viele Dinge, die hier jetzt kritisiert werden, in Frage gestellt und von den Spezialisten vom Land umfassend Auskunft bekommen. Mein Eindruck war, das hat sich auch in den städtischen Ausschusssitzungen gezeigt, dass dieses Konzept, das jetzt entstanden ist, geplant vom Land, unter Einbringung der städtischen Interessen eine runde Sache ist und an alles gedacht wurde, um sicherzustellen, dass eben diese vielen Sonderwünsche auch Berücksichtigung finden. Wir haben da nun mal ein denkmalgeschütztes Bad, wir haben eine Straßenbahnanbindung an dieses Bad, wir haben ein Naturschutzzentrum, was ebenfalls denkmalgeschützt ist. Das sind alles Dinge, die wir nicht einfach so aufgeben können im Hochwasserfall. Es ist auch klar, Hochwasser am Rhein hat es schon immer gegeben und wird es immer wieder geben. Wir müssen gucken, dass wir uns dagegen schützen.

Dieser Polder stellt in gewisser Weise auch die Wiederherstellung der Auenlandschaft dar, wie sie vor der Rheinbegradigung gewesen ist. Dazu gehört auch, dass eine freie Durchströmung des Geländes möglich ist. Genau dem würde sich ja dieser Bahndamm in den Weg stellen, wenn man nicht diese großen Öffnungen vorsehen würde. Auch das wurde erklärt, dass gerade die großen Öffnungen sinnvoll sind, um einen raschen Abfluss zu ermöglichen, und dass gerade das ökologisch sinnvoll ist, gerade das der Tierwelt entgegenkommt. Deswegen können wir als AfD dem Änderungsantrag nicht folgen. Wir bedanken uns für den ausführlichen Antrag der Verwaltung und werden diesem zustimmen.

Eine Sache habe ich noch vergessen. Wir möchten allerdings dafür plädieren, dass die Gehege für Rotwild, Damwild und Wildschweine an irgendeiner anderen Stelle fortgeführt werden, wenn es sein muss auf städtischem Gebiet, vielleicht im Oberwald oder so. Wir halten es schon für wichtig, dass diese Gehege für die Stadt erhalten bleiben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank auch für die sehr abgewogene Diskussion. Wir haben in der Tat das Grundproblem, dass sich hier durch künstlichen Einfluss des Menschen eine dennoch sehr ökologisch wertvolle Landschaft entwickelt hat. Wenn wir jetzt heute über die Hermann-Schneider-Allee als Dammbauwerk mit einer Straßenbahn drauf sprechen, ist das alles aus Menschenhand entstanden. Trotzdem hat es heute einen hohen ökologischen Wert. Man hat sich in einer Grundsatzentscheidung für einen geregelten Polder entschieden, man hätte sich auch für etwas anderes entscheiden können, aber das war im Grunde dann handlungsleitend für die ganze weitere Aufstellung dieser Planungen. Dann geht es noch darum so Dinge wie Zugangsmöglichkeiten und, und, und, gleichzeitig aber natürlich auch die ökologischen Konsequenzen oder auch die strömungstechnischen Konsequenzen genau dieser geregelten Polderlösung zu berücksichtigen. Ich habe mich sehr intensiv im Wahlkampf, aber auch nach dem Wahlkampf, mit allen diesen Details beschäftigt und muss persönlich zugeben, dass es oft sehr schwer fällt zu entscheiden, ob mir die aktuell dort vorhandene Ökologie Vorrang hat oder ob ich nicht sage, okay, es ist ein massiver Eingriff, der auch zum Teil das zerstört oder verdrängt, was im Moment dort an ökologisch wertvollen Möglichkeiten geschaffen wurde, aber ich habe dann im Nachhinein die Chance für andere ökologische Entwicklungen, die der ursprünglichen Auenlandschaft zumindest ein Stück näherkommen. Das miteinander immer so aufzuwägen finde ich außerordentlich ambitioniert

und schwierig, hier eine Entscheidung zu treffen. Ich kann nachvollziehen, dass man in allen diesen Punkten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommt.

Was ich sehr wichtig finde ist aber, dass wir, das habe ich von allen Seiten gehört, zu unserer Verantwortung stehen, auch den Menschen, die weiter rheinabwärts wohnen, hier das Maximum zu bieten an Chancen, ein Rheinhochwasser so aufzunehmen, dass sie anschließend keinen Schaden nehmen. Wir profitieren hier in Karlsruhe jetzt schon wiederum von den Retentionsräumen, die weiter rheinaufwärts bereits schon umgesetzt worden sind. Herr Pfannkuch, ich weiß nicht, ob Sie es auf mich bezogen hatten, aber ich hatte inhaltlich genau das gesagt, was Sie noch einmal verstärkt haben, auf der französischen Seite oder anderswo ist man da schon wesentliche Schritte weiter. Es ist gut, dass seit wenigen Jahren jetzt endlich auch in diese Frage etwas mehr Zug reingekommen ist, und dass es von daher auch eine große Übereinstimmung dahingehend gibt, dass, unabhängig davon, zu welchen Mehrheiten jetzt man in den Punkten kommt, die Sache aber vorangehen muss. Das ist somit die wichtigste Botschaft an dieser Stelle und dafür bin ich außerordentlich dankbar.

Jetzt ist gerade hier die Stellungnahme zu diesem Antrag ausgeteilt worden oder konnte ausgeteilt werden. Ich möchte es nicht inhaltlich wiedergeben, nur die Empfehlungen der Stadt noch einmal kurz zusammenfassen. Eine sinnvolle Alternative zur Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee zu suchen, davon raten wir Ihnen ab, weil wir das, es ist jetzt schon hin und her diskutiert worden, für die aus unserer Sicht letztlich doch beste Lösung halten, so wie es jetzt hier vorgeschlagen wird. Die umwelt-, natur- und landschaftsverträgliche Alternative zu Hochwasserdamm XXV zu suchen, würden wir fast als erledigt betrachten können, nachdem wie jetzt die Stellungnahme der Stadt Karlsruhe ausfällt. Ich stelle es aber natürlich trotzdem noch mal zur Abstimmung. In der Stellungnahme heißt es ausdrücklich: Der Stadt ist bekannt, dass die Stadt Rheinstetten entsprechende Einwendungen erhoben und in die Abwägung eingebracht hat. Auch die Stadt Karlsruhe, vertreten durch den Oberbürgermeister, im Rahmen der Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange wird einen entsprechenden Vortrag bei der Planfeststellungsbehörde einbringen. Siehe Akten S. 71 - 87 der Anlage zur Vorlage der Verwaltung usw. Das ist ein Punkt, der in der Tat auch von uns aus noch einmal ganz kritisch in dieses weitere Verfahren eingebracht werden wird. Diese Binnenentwässerungsgräben, da würden wir auch fachlich der Meinung folgen, dass die unverzichtbar sind. Ebenso die Umschließung des Rheinparks mit Spundwänden inklusive der Parkplätze. Zu der repräsentativen Vor-Ort-Visualisierung der geplanten Maßnahmen bieten wir Ihnen an, dass wir uns dieser Sache annehmen.

Ich möchte aber an der Stelle auch deutlich machen, dass es aus meiner Sicht ein falsches Versprechen an die Bürgerschaft wäre, jetzt durch solche Visualisierungen einen höheren Realitätsgrad abzubilden und damit aber zu suggerieren, die Bürgerinnen und Bürger könnten dann anschließend noch entscheiden, was sie wollten. Das kann nicht handlungsleitend sein. Dennoch ist es mit Sicherheit sinnvoll, wenn Sie den Eindruck haben, da ist nicht ausreichend visualisiert worden, wie das Ganze denn wird, dass man das zu gegebener Zeit noch nachholt, damit man einfach weiß, auf was man sich einzustellen hat. Das ist aber eine andere Sache als zu sagen, wir stellen es noch mal grundsätzlich zur Debatte, denn mit der Stellungnahme und mit dem, was im Verfahren noch passiert, sind dann schon wesentliche Rahmenbedingungen zementiert. An einzelnen

Punkten, z. B. Hochwasserdamm oder auch kleinere Gestaltungsfragen, gibt es sicher noch ausreichende Spielräume. Da werden wir sicherlich versuchen, ganz intensiv dabei zu sein.

Ich möchte mich auch bei den Naturschutzverbänden ausdrücklich bedanken. Ich hatte zwei lange Runden mit den Naturschutzverbänden und mit dem Regierungspräsidium, um mich selber überhaupt mal auf den Stand zu bringen, hier zu verstehen, warum die Dinge so sein müssen. Die Naturschutzverbände haben hier in einer großartigen Fachlichkeit diesen Prozess begleitet, auch wenn sie sich jetzt nicht in allen Punkten natürlich am Ende durchsetzen konnten.

Dann gehen wir zur Antragsabarbeitung. Ich rufe zunächst auf den gemeinsamen Änderungsantrag. Da ist gewünscht worden, dass wir einzeln abstimmen, zumindest den Punkt 2. Ich würde es jetzt mal in drei Etappen machen, damit man da noch durchblickt. Ich bitte jetzt also für den Punkt 1 das entsprechende Kartenzeichen. Der Punkt 1 ist die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee, nur damit das da oben nachvollzogen werden kann. - 17 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Punkt 1 abgelehnt.

Dann kommen wir zum Punkt 2. Das hat etwas mit der Ertüchtigung und Verbreiterung des Hochwasserdammes XXV und einer entsprechenden Alternative zu tun. Das ist aus unserer Sicht durch die Stellungnahme der Verwaltung abgedeckt. Wie gesagt, wir stellen es hier noch mal zur Abstimmung, damit wir das auf alle Fälle noch einmal verstärken. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Da haben wir jetzt eine Mehrheit dafür.

Dann würde ich die Punkte 3 bis 5 zusammen zur Abstimmung stellen und würde Sie da jetzt um das Kartenzeichen bitten, es sei denn, Sie würden das mit der Visualisierung als erledigt betrachten, wenn ich Ihnen zusage, dass wir uns der Sache annehmen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Ich hatte Ihre Erläuterung jetzt so verstanden, dass Sie das zusagen. Dann wäre das für uns in Ordnung, wenn Sie das jetzt doch nicht zusagen, dann möchten wir es natürlich abstimmen lassen.

Der Vorsitzende: Die Verwaltung sagt zu, den Wunsch nach einer Visualisierung in das Verfahren einzubringen. Also wir sagen nicht zu, dass wir die Visualisierung machen. Da übernehmen wir dann eine Verantwortung, aber wir bringen es noch einmal verstärkt ein. Das war das, was ich Ihnen zusagen wollte. - Doch noch mal abstimmen.

(Zuruf)

Sie sind Antragsführerin. Wir stimmen es ab. - Es sind 14, keine 12. Hatte ich das erst auch falsch gerechnet?

(Frau Becker/ZJD): Beim ersten waren es 19.)

Dann sind es 14 und 5, sind 19. Dann will es kurz korrigieren bei den anderen abgelehnten Punkten. Das war der Punkt 1. Da waren es auch 19, aber dennoch eine Mehrheit insgesamt dagegen, so dass wir von dem Änderungsantrag nur das mit der Alter-

native zu der bisher geplanten Ertüchtigung und Verbreiterung des Hochwasserdammes XXV jetzt sozusagen anheften an das andere. Ich würde Ihnen aber vorschlagen, dass wir auch mit der Abbildung des Stimmenergebnisses die anderen Forderungen noch mal sozusagen als Anlage an unsere Stellungnahme beifügen, damit einfach noch mal unterstrichen wird, dass das Punkte sind, die doch eine hohe Sensibilität hier im Gemeinderat haben.

(Zuruf)

Wir legen ein Protokoll an, dass die planungsrechtliche Behörde weiß, mit welchen Ergebnissen die Dinge hier abgestimmt wurden. Das ist keine Empfehlung von Ihnen, es ist ganz klar, wie Sie sich entschieden haben. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Ich baue im Moment eine Brücke, damit auch die Aspekte entsprechend dokumentiert und weitergegeben werden, die heute hier zu keinen Mehrheiten kommen. Das ist völlig klar. Man kann es auch morgen in der Zeitung lesen. Es ist jetzt nicht unbedingt etwas völlig Geheimnisvolles.

Jetzt kommen wir zur Beschlussvorlage, die nur dahingehend ergänzt wurde, dass dieser eine Punkt, eine Alternative für diesen Hochwasserdamm zu suchen, was wir Ihnen sowieso schon zugesagt hatten, verändert worden ist. - 5 Gegenstimmen, der Rest Zustimmung. Das ist ein sehr deutliches Votum.

Ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken für diese sehr ernsthafte und sehr differenzierte Behandlung dieses schwierigen Themas.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
18. Dezember 2015